

man nicht immer. — Doch soll damit Niemanden ein Vorwurf gemacht werden.

Und so wollen wir hoffen, daß die Sache auch ferner gedeihe; die energische und treffliche Mitwirkung unserer hohen Regierung sowie der anerkannte Eifer unseres Lehrerpersonals berechtigen uns zu dieser Hoffnung.

Rundschau.

Schleswig-Holstein wird preussisch werden, ob Oestreich zustimmt oder nicht; denn die östreichischen Minister hatten nicht einmal den Muth die preussischen Forderungen in Bezug auf diese Länder entschieden abzuweisen. Oestreich erklärte zwar, daß es die Einverleibung Schleswig-Holsteins in Preußen nicht für zulässig erachte, doch man werde sehen, was sich machen lasse; man wolle die Frage weiter mit Preußen berathen. Inzwischen haben die Advokaten des Königs von Preußen herausgebracht, daß auch das preussische Königshaus Erbrechte auf die Herzogthümer habe. Es darf uns das nicht wundern, es gab zu allen Zeiten gewissenlose Rechtsverdreher.

Seitdem der östreichische Reichsrath erklärte, daß man keine größern Ausgaben machen wolle, als man Einnahmen habe, ist auch die Regierung zum Sparen bereit. Ganze zwanzig Millionen und noch mehr wollen die Minister von den Ausgaben streichen. Dafür bitten sie sich aber das Recht aus, die Gelder, welche bei einzelnen Ausgabrubriken erspart würden, beliebig in andern Verwaltungszweigen zu verwenden. Der Reichsrath wird aber darauf hoffentlich nicht eingehen; wenn er dieses Recht aufgibt, dann ist es überhaupt unnöthig die Zustimmung der Abgeordneten zu den Staatsausgaben zu verlangen. Die Regierung kann ja nach Belieben in einzelnen, für unwichtig angesehenen Zweigen sparen und das Geld verwenden, wo sie es für gut findet.

Der Kaiser Napoleon sagte neulich, in Frankreich müsse es dahin kommen, daß jeder Bürger lesen und schreiben könne. Sein Unterrichtsminister wollte deshalb den Schulzwang einführen, d. h. es muß jedes Kind die Schule besuchen. Diese Maßregel erhielt aber nicht den Beifall der Kammern und des französischen Volks. Und so bleibt es beim Alten. Es gibt in Frankreich mehr als $\frac{1}{2}$ Mill. Kinder, welche gar keine Schule besuchen.

Der amerikanische Krieg geht auf die Neige. Eine feste Stadt nach der andern fällt, die Herren der Sklavenstaaten schmelzen zusammen, wie der Schnee an der Märzsonne. Man hofft wieder ein Mal auf baldigen Frieden. Die Baumwollenfürsten wenigstens trauen dem Wetter gar nicht mehr. Sie suchen bald möglichst ihre Baumwollenvorräthe zu verkaufen und so kommt es, daß Baumwolle um mehr als die Hälfte im Preise gesunken ist.

Für den Kaiser Max von Mexiko kann es nach dem Frieden bedenklich werden. Man glaubt die republikanischen Nordamerikaner würden nach dem Frieden sich be-

eilen, um in Mexiko die Republik wieder aufzurichten — damit fällt dann der neugebaute Kaiserthron zusammen.

Allerhand Neuigkeiten.

Triesen, 15. März. Heute ist ein Frühlingsbote, Klapperstorch, hier eingetroffen.

Abnahme des Volksreichtthums in Oestreich. In Steiermark ist eine arge Geldnoth, so daß die Bauern nicht mehr Steuer zahlen können. Die ausgepfändeten Hausgeräthe stehen in den Gängen der Kanzleigebäude und Niemand ist, der sie kaufen will. Dadurch, daß man den armen Leuten das Vieh pfändet, kommen sie vollends in Ruin und sind künftig noch weniger im Stande zu zahlen. Nun hat man an die kaiserl. Regierung das Ansuchen gestellt, daß Steuerbeträge bis zu 10 fl. mit Korn, Heu &c. abgezahlt werden können. Der Staat kann solche Dinge recht wohl brauchen, z. B. für das Militär. — Aehnlich ist es, wie schon mitgetheilt wurde, in Krain. Infolge einer schlechten Ernte haben die Leute schon jetzt keine Körnervorräthe mehr. In einigen Bezirken gibt es nur wenige Häuser, wo man noch Brod hat. Kartoffeln und Rüben, welche ohne Salz und Fett bereitet werden, sind die einzige Speise. Eine Hungersnoth steht vor der Thüre. — Zu alldem erinnere man sich an die Noth in Ungarn, die noch nicht überwunden ist, in Galizien, so gibt das ein trauriges Bild von den Zuständen in einem großen Theile der östreichischen Monarchie. So lange es keine Mißjahre gab, waren die Leute noch im Stande, die hohen Steuern, Stempeln, Gebühren, Taxen &c. aufzubringen. Ein einziges Mißjahr hat sie lahm gelegt! Das ist eine ernstliche Mahnung für die Staatsverwaltung. Man schöpft einen Brunnen aus. — Auch in Tirol und Vorarlberg muß es nicht ganz in der Ordnung sein. Das Tabaksmonopol soll im vorigen Jahr über 1 Million weniger abgeworfen haben als früher. Sodann vergleiche man, was die Feldk. Zeitg. besonders über die Entwerthung des Grund und Bodens in Vorarlberg schreibt. Gegen 5 Prozent und auf erstes Unterpand kann der Bauersmann kein Geld mehr aufstreiben. Der Kapitalist steckt sein Geld lieber in Staatsschuldsscheine, wo er 7—8 Prozent bekommt. So wendet sich der Bauer an den Wucherer, wo er übertriebene Zinsen zahlen muß, es kam ein Fall vor, wo ein Darlehen mit 39 Prozent verzinst worden war. Der Wucherer gibt sein Geld nicht auf Schuldschein, sondern auf Wechsel von wenigen Wochen. Am Verfallstag müssen dann erschreckliche Zinsen bezahlt werden, um den Wechsel wieder verlängert zu bekommen. (Bei uns kommen solche Wechselgeschäfte nicht vor, sonst würden wir jedem Bauersmann abrathen, einen Wechsel zu unterzeichnen. Für den Bauer und jeden, der es nicht versteht, ist der Wechsel ein gefährliches Ding. Ein ehrlicher Kapitalist macht an unwissende Leute keine Darlehen gegen Wechsel. Das thut nur ein Wucherer.) — Schließlich müssen wir noch ein Beispiel zu der Ueberschrift dieses Kapitels mittheilen.